Dresdner Volkszeitung

Scheckkonto: Dresden, [illegible] & Comp., Nr. 1268. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 136 | Dresden, Dienstag den 14. Juni 1921 | 32. Jahrg.

Der Kampf um Kahr

Genosse Stampfer, der leitende Redakteur des Vorwärts, war zu Informationszwecken nach München gereist. Er gibt in seiner Korrespondenz über die politische Lage im deutschen Süden ein Bild, das mit dem in unserm gestrigen Artikel entwickelten im wesentlichen übereinstimmt.

Der bayerische Streik war ein Mittel der Demonstration, nicht des Zwanges. Darin unterscheidet er sich grundsätzlich von dem Kapp-Streik im März des vorigen Jahres, dem einzigen politischen Generalstreik in Deutschland, der mit den Mitteln des Zwanges zu durchschlagendem Erfolg führte. So war es jetzt in München nicht, aber es ist falsch und bloße Tendenzmache, zu sagen, die Streikparole habe versagt. Die Arbeiter der Großbetriebe sind ihr willig gefolgt, die bürgerliche Presse wurde am Erscheinen verhindert, ganz Bayern und ganz Deutschland wurden gezwungen, vom Streik zu hören und von seinen Ursachen, dem schändlichen Mord an Gareis und der ganzen bayerischen Schandwirtschaft. Damit war der Zweck des Streiks erreicht, mehr konnte nicht erreicht werden.

Von linksradikaler Seite war vorgeschlagen worden, so lange zu streiken, bis die Regierung Kahr abdanke. Wer die wirklichen Verhältnisse kennt, konnte sich bei diesem Vorschlag nicht lange aufhalten. Wenn die Probe gemacht würde, wer es länger aushielt, die Arbeiter ohne Lohn oder Herr v. Kahr mit dem Ministergehalt, so war nicht daran zu zweifeln, wer dabei den kürzeren ziehen würde. Für den Erfolg eines politischen Streiks, wie auch in den meisten Fällen selbst jedes größeren rein wirtschaftlichen, ist die öffentliche Meinung entscheidend, die Verteilung des moralischen Drucks, der sich hinter ihn und der sich gegen ihn stellt. Ein politischer Generalstreik zur Beseitigung einer immerhin sozusagen parlamentarischen Regierung wäre auf den Widerstand des größten Teils der Bevölkerung gestoßen und schon darum zum Scheitern verurteilt gewesen.

Die Frage bleibt: **Wie kommt man an Kahr und Konsorten heran?** Ihr Vorhandensein in wichtigen politischen Stellungen ist eine Volksgefahr; ihre Beseitigung liegt im Reichsinteresse. Es gibt kein Mittel, sie zu beseitigen, als die moralische Beeinflussung entweder der Parteien, die sie bisher hielten, oder der Volkskreise, die diesen Parteien bisher gefolgt sind.

Die Regierung Kahr ist ein Produkt des — in Bayern gelungenen — Kapp-Putsches. Der Putsch konnte gelingen, weil breite Kreise der bürgerlichen Parteien gern die Gelegenheit ergriffen, der politischen Verbindung mit der Sozialdemokratie zu entrinnen, und eine „Regierung der Freiheit und Ordnung" zu begründen, wie es in den Kapp-Aufrufen so schön und treffend hieß. Mittlerweile hat alle Welt gesehen, wohin das System des bayerischen Ordnungsstaates geführt hat, und darum ist es höchste Zeit, den Kampf aufzunehmen nicht nur gegen dieses System, sondern auch gegen alle, die es stützen.

Die Hauptstütze des Systems Kahr ist die vom Zentrum losgelöste Bayerische Volkspartei. Das Verhältnis des Zentrums zu diesem von ihm losgelösten Partikel ist ziemlich ungeklärt. Das Reichszentrum hat keinen Versuch gemacht, die in Bayern verlorengegangenen Positionen wiederzugewinnen, es handelt der Bayerischen Volkspartei gegenüber nach dem Grundsatz des „tolerari posse", des Duldenkönnens, und sieht ruhig zu, in welch sonderbarer Weise die viel gerühmte christliche Weltanschauung von diesem abgetrennten Glied politisch angewandt wird. Im Namen dieser Weltanschauung regiert im Reiche Herr Wirth in einer Weise, die wir Sozialdemokraten billigen und unterstützen können, in Preußen regiert gleichfalls in ihrem Namen Herr Stegerwald nach Methoden, die wir bekämpfen müssen, in Bayern schließlich wirtschaftet wieder in ihrem Namen Herr v. Kahr in einer Weise, für die kein Wort der Verurteilung scharf genug ist.

Die Bayerische Volkspartei als Hauptträger des Systems Kahr wird von der Deutschen Volkspartei und den Demokraten als tragenden Nebensäulen flankiert. Hätte man nicht Gründe genug, das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei im Reich und in Preußen abzulehnen, könnte man als einen und durchschlagendsten ihr Verhalten in Bayern heranziehen. Und wie steht es mit den Demokraten? Im Reich stehen sie mit den Sozialdemokraten zusammen zum Schutz der Republik gegen die äußerste Reaktion, in Bayern stützen sie eine Regierung, die die äußerste Reaktion verkörpert, unter deren Herrschaft das System des politischen Mordes hochgekommen ist und die sich durch brutale Unterdrückung aller bürgerlichen Freiheit geradezu der Herausforderung zum Bürgerkrieg schuldig macht. Es muß den Demokraten mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es jetzt so nicht mehr weiter geht.

Wenn sich die bürgerlichen Parteien Bayerns auch jetzt noch unbelehrbar zeigen, dann ist es die Aufgabe unsrer bayerischen Genossen, sich an ihre Anhänger selbst zu wenden und durch die Mittel der Propaganda in Bayern eine Stimmung zu erzeugen, die einen Umschwung der Machtverhältnisse bei den nächsten Wahlen sichert und das Verbleiben der Regierung Kahr im Amte jetzt schon unmöglich macht. Durch diese Arbeit werden unsre bayerischen Genossen dem ganzen deutschen Volk einen ungeheuern Dienst leisten, denn das ganze Reich bleibt in Unruhe und Gefahr, solange das System Kahr nicht beseitigt ist.

Pöhners Dementi!

München, 13. Juni. Amtlich wird mitgeteilt, die auswärtige Presse und namentlich die Berliner linksradikalen Zeitungen sind voll von falschen Nachrichten mit tendenziösen Darstellungen der Lage in Bayern. Demgegenüber sei tatsachenmäßig festgestellt, daß über die Person des Mörders von Gareis trotz den eifrigsten Bemühungen der Polizei noch gar nichts festgestellt ist. Es gibt keinerlei Beweis dafür, daß der Mörder in der Person eines Fanatikers der Rechten zu suchen ist. Die politische Ausmünzung des Verbrechens ist deshalb gleichermaßen unwürdig und gewissenlos.

*

Eine echtbayerische Auslassung! In einem Teil der bürgerlichen Presse wurde so getan, als lägen dem Mord persönliche, unpolitische Motive zugrunde, wie Rache oder Eifersucht. Nachrichten, die die Inspirierung durch Pöhners Polizei auf der Stirn tragen! Jetzt läßt Pöhner melden: „Es gibt keinerlei Beweis dafür, daß . . ." Nein, weil Pöhners Polizei in solchen Fällen versagt. Aber es gibt nicht einen, sondern dutzende Beweise dafür, daß die Ueberfälle auf Magnus Hirschfeld, Dr. Rosenfeld, Dr. Sänger durch Orgeschbuben angestiftet und verübt wurden und daß amtliche bayerische Blätter zu solchen Gewalttaten gegen links hetzen! Die bayerische Polizei sollte erst beweisen, daß es mit der Ermordung Gareis' **anders** liegt, ehe sie solche entrüstete Dementis in die Welt gehen läßt!

Die Beerdigung Gareis'

München, 13. Juni. Unter überaus starker Beteiligung der Münchner Arbeiterschaft fand heute nachmittag **die Beisetzung des ermordeten Abgeordneten Gareis auf dem Ostfriedhof** statt. Im Namen der Reichsleitung der U.S.P.D. sprach Reichstagsabgeordneter Ledebour, Berlin. Reichstagsabgeordneter Unterleitner widmete Kranz und Nachruf für die U.S.P. des preußischen und des bayerischen Landtages und übermittelte gleichzeitig die Beileidskundgebungen der französischen und der österreichischen Sozialisten sowie der sozialistischen Parteien von Württemberg, Baden und Sachsen. Nach einem Schlußgesang formierte sich der Zug, um in die Stadt zurückzukehren. Die Isarbrücke war von der Landespolizei mit Panzerautos und Drahtverhau gesperrt, so daß sich die Züge verteilen mußten. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

München, 14. Juni. Bei der Leichenfeier für den ermordeten unabhängigen Landtagsabgeordneten Gareis hielt der Lehrer Hiert, ein Freund des Toten, eine längere Rede, in der er ein Bild entwarf von der hohen Intelligenz, dem rastlosen Arbeitseifer und dem edeln Charakter des Ermordeten. Als Vertreter der Unabhängig-sozialdemokratischen Fraktion des bayerischen Landtages sprach der Redakteur Neumann. Darauf nahm, wie schon kurz gemeldet, der Reichstagsabgeordnete Ledebour das Wort und erklärte im Namen der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei u. a. folgendes: Gareis führe die Reihe der Blutzeugen fort, die seit Jaurès für die Sache des internationalen Proletariats ihr Blut lassen mußten. Ein weiterer Redner sprach im Namen der Fraktion der Unabhängigen des preußischen Landtages. Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages rief durch den Mund des Abgeordneten Endres dem Toten ihre letzten Grüße nach. Ein Vertreter der Reichstagsfraktion der Unabhängigen sprach im Namen der französischen, englischen und italienischen Genossen dem bayerischen Genossen die Dankbarkeit aus.

*

Toller der Nachfolger Gareis'

Als Nachfolger des ermordeten Abgeordneten Gareis kommt im bayerischen Landtage auf der unabhängigen Liste Ernst Toller in Frage, der sich zur Zeit in Niederschönfeld in Festungshaft befindet und bereits zwei Jahre von einer fünfjährigen Festungsstrafe verbüßt hat.

Belgien und die Kriegsverbrecherprozesse

Brüssel, 13. Juni. (Agence Havas.) Der Staatsrat nahm von den Entscheidungen Kenntnis, die das Reichsgericht in Leipzig gefällt hat. Nach den Bestimmungen des Abkommens der Verbündeten, das in diesem Punkte gegenüber dem Versailler Vertrag Milderungen angenommen hat, können die Entscheidungen dieses Gerichts nur als Proben angesehen werden, durch die die deutschen Behörden ihren loyalen Willen bekunden sollen, die Verbrechen nachdrücklich zu bestrafen, deren Todeshände ihnen die kriegführenden Staaten vorgelegt haben. Sobald die belgische Regierung die Berichte ihrer Abordnung in Leipzig empfangen haben wird, wird sie prüfen, ob die Probe so wie sie sich aus den ersten Entscheidungen ergibt, als befriedigend angesehen werden kann.

Neue polnische Vorstöße

Oppeln, 13. Juni. Amtlich wird gemeldet: Im nördlichen Abschnitt griff der Gegner verschiedentlich mit starken Kräften an. Das von General Henniker zugesagte Eingreifen englischer Truppen bei polnischen Angriffen ist noch nicht erfolgt. Die Polen besetzten nach Kampf mit der Aso Wyssoka. Heute räumten die Abteilungen des Selbstschutzes Wodowitz vereinbarungsgemäß und gingen nach Wachow zurück. Gestern scheiterte ein heftiger polnischer Angriff aus Leskna, das im Gegensatz zum Selbstschutz gehalten wurde. Nach heftigem polnischem Vorstoß zwischen Zembowitz und Proskau, der abgewiesen wurde, besetzten die Aufständischen die von ihnen vereinbarungsgemäß geräumten Ortschaften Skemrowitz, Frei-Kipa und Frei-Kadlub wieder und hoben Schützengräben aus. Zembowitz ist sehr beschädigt. Nördlich Groß-Strehlitz sind erneut starke Angriffe der Aufständischen festgestellt. Neben je einem Zug Engländer und Franzosen befinden sich in Birawa zwei Kompanien Polen. Heute gegen Abend gingen mit ein Ultimatum des Generals [illegible] die Aufständischen gegenüber Ratibor zurück.

Ratibor, 13. Juni. Gestern nachmittag 6 Uhr wurde den Aufständischen ein neues Ultimatum gestellt. Falls nochmals Ratibor von ihnen, sei es mit Artillerie, sei es mit Maschinengewehren oder Infanteriefeuer beschossen werden sollte, werde die italienische Artillerie ihre Stellungen unwiderruflich mit Feuer belegen. Nach einer hier vorliegenden Meldung wurde festgestellt, daß als Verstärkung für die Polen in der Gegend Groß-Strehlitz Truppen aus Posen im Anmarsch seien. Bisher wurden vier Kompanien festgestellt.

*

Polnische Requisitionen

Beuthen, 13. Juni. Die Aufständischen suchen jede Gelegenheit aus, um ihre Kriegskasse anzufüllen. Zu diesem Zwecke sind in der letzten Zeit die von ihnen ausgestellten Ausweise für ungültig erklärt worden. Neue Ausweise werden von den einzelnen Aufstandsstellen nur gegen Zahlung von ganz willkürlich festgesetzten Beträgen ausgehändigt. Weitere Einnahmen verschaffen sich die Aufständischen durch sogenannte Ablösung. In vielen Orten wurden deutsche Männer ohne Rücksicht auf Stand und Alter zur Bewachung von Verkehrseinrichtungen, Industrieanlagen, Depots usw. herangezogen. Von diesem Dienst können sich die Deutschen durch Zahlung eines Lösegeldes, das in vielen Fällen bis zu 1000 M. beträgt, loskaufen. Neuerdings wird von den polnischen Betriebsräten der oberschlesischen Werke eine zwangsweise Abgabe von Bruchteilen der Beamtengehälter und Arbeitslöhne gefordert, und zwar soll den Beamten ein Dreißigstel des Monatsgehaltes und den Arbeitern der Lohn für eine bei im Monat verfahrenen Schichten einbehalten werden.

Ein Anschlag auf der Heinitzgrube gibt bekannt, daß die monatlich ein Arbeiter einmal 10 M. und die weiblichen 20 M. bezahlen müsse. Die Erbitterung unter der Arbeiterschaft über diese willkürliche Maßnahme ist sehr groß. Die [illegible] Betrieben ist die Verfügung deshalb bereits zurück-[illegible]

[illegible] gemacht worden. In Bismarckhütte ist eine Bekanntmachung des Ortskommandanten angeschlagen, nach der jeder Deutsche, der zur Strafe eingeht, „zum feierlichen Empfang" der Kommission mit Flaggen in den polnischen Farben und mit polnischen Abzeichen, Wappen usw. geschmückt werden muß. Schwere Strafe wird jedem angedroht, der gegen die Anordnung verstößt. Heute früh wurden zwischen der [illegible] Straße und der Rosenstraße von Franzosen Haussuchungen abgehalten. Ein [illegible] und etwa acht bis zehn Deutsche wurden verhaftet. Ueber den Grund der Verhaftung ist zur Zeit noch nichts bekannt.

*

Verhandlungen über die Räumung

Berlin, 13. Juni. Die Interalliierte Kommission hatte vor einigen Tagen einen Plan ausgearbeitet, der eine beiderseitige Räumung des Aufstandsgebietes durch die polnischen Aufständischen und durch den deutschen Selbstschutz vorsah. Dieser Plan war gescheitert. Man hat darauf einen zweiten Plan aufgestellt. Danach sollte der Selbstschutz in seinen bisherigen Stellungen bleiben, bis die polnische Räumung durchgeführt ist. Dieser Plan wurde dem General Höfer zur Kenntnis gebracht, der sich mit dem Zwölferausschuß in Verbindung setzte, um die Annahme oder Ablehnung des Planes zu beraten. Der Zwölferausschuß stellte darauf folgende Bedingungen: 1. Entwaffnung und Entfernung der landfremden Truppen und Banden, 2. wirksame und lückenlose Sperrung der Grenze, 3. Errichtung einer starken Polizeitruppe, in die nur Leute aufgenommen werden, die sich in keiner Weise mittelbar oder unmittelbar an einem früheren Aufstand beteiligt haben, 4. keine Amnestie, 5. hinreichender Schutz für die Bevölkerung, 6. ausreichender militärischer Schutz für die industriellen Anlagen, 7. Zusagen zu schaffen, welche die aus der Durchführung sich ergebenden Maßregeln überwachen. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

*

Oppeln, 14. Juni. Die Forderungen des Zwölfer-Ausschusses haben die Interalliierte Kommission zu neuen Rückzugsvorschriften veranlaßt. Die Polen sollen die von ihnen besetzten Gebiete bis zum 20. Juni räumen, ebenso der deutsche Selbstschutz. Am Donnerstag den 16. Juni soll alsdann mit der Linie [illegible] Kattowitz mit der Besetzung des bis dahin geräumten Gebiets begonnen werden. Zu festen Vereinbarungen ist es jedoch bisher noch nicht gekommen. Die Verhandlungen gehen weiter.

*

Ein unabhängiger Abgeordneter verschleppt

Beuthen, 14. Juni. Der deutsche Reichstagsabgeordnete [illegible] der der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehört, wurde am Sonntag aus seiner Wohnung in dem Beuthener Vorort [illegible] von polnischen Banden festgenommen und mit noch zwei weiteren deutschen Einwohnern verschleppt. Die Verschleppung soll als Vergeltung gegen [illegible] polnischer [illegible] in [illegible] erfolgt sein. Die [illegible] polnischer Blätter, das Blatt [illegible] seiner [illegible] sei, hat sich bis zur Stunde noch nicht bestätigt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210614/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG